

Richard Meng: MERKELLAND – Wohin führt die Kanzlerin?

Josef Schmid



Richard Meng,
Merkelland.
Wohin führt die
Kanzlerin?
Kiepenheuer &
Witsch 2006
256 Seiten ISBN
978-3462037449)

Merkelland – das klingt wie der Folgereim auf „Schlaraffenland ist abgebrannt“. Vielleicht es ja auch so: Der Überfluss an materiellen und legitimatorischen Ressourcen, der für das „Modell Deutschland“ gegolten hat, ist offensichtlich längst vorbei. Aber auch die ersten Flitterwochen der Großen Koalition sind zu Ende: „Es ist die kurze Phase vorbei, in der wir gerne glaubten, Angela Merkels stolze große Koalition könnte die Mühsal der politischen Mehrheitssuche dauerhaft unsichtbar machen. In Berlin streiten und klüngeln sie wie zu rot-grünen Zeiten. Sie hatten anfangs nur mehr Glück: Die Konjunktur half.“ (S. 9). Für Meng existieren drei große Themenkomplexe, anhand derer sich die politische Zukunft entscheidet:

- Erstens die internationale Lage,
- zweitens die ökonomische Situation,
- drittens die innere Verfasstheit der Gesellschaft einschließlich der Bevölkerungsentwicklung (S. 46).

Allerdings bieten die politischen Parteien und ihr Führungspersonal nicht nur wenige Antworten, sie suchen auch nicht vorrangig. Zugleich konstatiert er, dass viele alte Kontroversen zwischen den Parteien, sei es zum Vaterland oder zur Sozialpolitik, angesichts der real veränderten Rahmenbedingungen nicht mehr zur Wirklichkeit passen. (S. 270).

Was macht in diesem Zusammenhang die Kanzlerin? Wohin führt sie das Land? „Diese Kanzlerin wird, wenn sie ehrlich ist, antworten: Sie weiß es nicht. Doch sie leidet nicht darunter, dass sie es nicht weiß. Sie regiert.“ (S. 278) Angela Merkel ist an der Macht – obwohl sie eigentlich gar nicht so viele Machtressourcen zur Verfügung hat. Politologen schreiben dem deutschen Regierungssystem eine hohe Zahl von „Vetospielern“ zu. Aber sie beherrscht es, ihre Machtchancen zu ergreifen und zu stabilisieren. „Das System Merkel“ funktioniert – ähnlich wie einst das System Kohl – durch personale Netzwerke – durch Kümmern und Kontakte pflegen. „Zweites Gebot: die Kleinen ernst nehmen – oder doch zumindest so tun. Eine Unionsvorsitzende ohne Hausmacht – denn

ihr Landesverband Mecklenburg-Vorpommern ist in der Bundes-CDU als Machtfaktor zu vernachlässigen – weiß nur zu genau, wie abstoßend Imponiergehabe wirken kann.“ (S. 92)

Den inhaltlichen Kern ihrer Politik vermag Meng kaum zu bestimmen. Da existiert ein grundlegendes Defizit der Union: der Verlust des Fortschrittsbegriffs: „Dieser Zusammenhang von Freiheit, Marktwirtschaft und Akzeptanz führt zum Kern des nun seit einem Jahrzehnt anhaltenden konservativen Dilemmas. Die Union hat keinen eindeutigen Fortschrittsbegriff mehr. Es reicht auch für sie nicht mehr, einfach nur Wirtschaftswachstum als Maßstab für alles andere zu definieren. (S. 102). Ähnlich verhält es sich mit den begrifflichen Operationsfeldern Leistung, Nation und Familie.

Zwar hat Angela Merkel in den ersten Amtsjahren als CDU-Chefin das Konzept einer „Neuen sozialen Marktwirtschaft“ propagiert – aber es blieb zunächst recht nebulös, nach dem Motto: „Merkel neu, Marktwirtschaft neu, später auch: Gerechtigkeit neu“ (S. 30). Das war ein Signal, dass in Zeiten der Globalisierung die Maßstäbe überdacht werden müssten. Allerdings ist bei der Bundestagswahl 2005 der neoliberale Politikansatz endgültig gescheitert, und es gehört zu den Paradoxien der deutschen Politik, dass am Ende die CDU-Vorsitzende trotz ihrer Niederlage Kanzlerin wird.

Mit der Konzentration auf Macht und Machbares ist Angela Merkel freilich nicht allein. Ihre ganze Generation, geboren Mitte der 50er Jahre, hat nie ein großes politisches Projekt gehabt. „Fast alles, was sie hätte fordern können, war längst gefordert.“ Und Meng weiter: „Wenn es unter diesen 50-Jährigen ein Generationenprojekt gibt, dann ist es jetzt ein Pragmatismus, der die vorhandenen Verhältnisse als Grundlage bejaht“ (S. 106)

Für Meng gibt es nur einen Weg, der zu ihrem Sturz führen kann: „ein anhaltendes Meinungstief der Union gepaart mit Zweifel an Merkels Führungskraft. Beides ist angesichts der Personallage bei der SPD eher unwahrscheinlich. Womit eine Perspektive als Dauerkanzlerin trotz persönlicher Schwäche ausdrücklich im Bereich des Möglichen liegt.“ (S. 243)